darin tätigen Ärzte kann nur zugestimmt werden. Die Entscheidung des LSG geht indes über die vorstehenden Sachfragen hinaus. Sie zeigt überdeutlich, dass das Vertragsarztrecht die entscheidende Rolle in der ärztlichen Versorgung spielt und dieses vom Bundesgesetzgeber beherrscht wird. Den Ländern, aber insbesondere den Ärztekammern und damit der Ärzteschaft, kommt nur eine untergeordnete Rolle zu, wenn man bedenkt, dass von 138.300 ambulant tätigen Ärzten zum Ende des Jahres 2008 120.500 Vertragsärzte waren¹¹. Sofern der Bund weiterhin zunehmend die (vertrags-)ärztliche Versorgung gestaltet, verbleibt für das ärztliche Berufsrecht nur noch ein unbedeutender Regelungsbereich. Die Kompetenzverteilung zugunsten des Bundes stellt insgeheim die ärztliche Selbstverwaltung in Kernbereichen wie der ärztlichen Zusammenarbeit in Frage, weil die von den Ärzten beschlossenen Berufsordnungen ins Leere laufen.

Die Ärztekammern können selbst dieser Entmachtung nicht gegensteuern. Im Schlussprotokoll des 109. Deutschen Ärztetages stand bereits die Aufforderung an die Länderregierungen, im Bundesrat gegen die Gefährdung der Regelungskompetenz und der Aufgaben der Länder im Gesundheitswesen Stellung zu beziehen¹². Ob die so verstandene Gesetzgebungsfreiheit des Bundes vor dem BVerfG im Lichte des Kassenarzt-Urteils¹³ Bestand haben kann, wird sich zeigen müssen.

11) daris.kbv.de/daris/link.asp?ID=1003759919, Zugriff am 19.3.2010; Rest 5.200 Privatärzte und 12.600 ambulant tätige angestellte Ärzte.

12) www.bundesaeztekammer.de/downloads/Beschluss109DAET.pdf, Zugriff am 19.3.2010; Beschlussprotokoll des 109. Deutschen Ärztetages, S. 5.

13) BVerfGE 11, 30, 40.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s00350-010-2640-2

Betäubungsmittelgesetz. Kommentar.

Von Klaus Weber. Verlag C. H. Beck, München, 3. Aufl. 2009, XXVI u. 1489 S., Ln., €76,00

Zwischen dem Erscheinen der vorangegangenen zweiten Auflage aus dem Jahre 2003 und der jetzt vorliegenden dritten Auflage des als Erläuterungsbuch bezeichneten Kommentars liegen sechs Jahre. Für einen Kommentar, der der kurzen und prägnanten Unterrichtung der gerichtlichen, staatsanwaltschaftlichen, anwaltlichen und polizeilichen Praxis über die Rechtsprechung dienen soll, ohne aber den Blick darauf zu verengen, ist das eine sehr lange Zeit. Um so erfreulicher, dass Klaus Weber sich der Aufgabe gestellt hat, mit der dritten Auflage den Stand der Kommentierung auf Ende 2008 zu bringen. Wenn Weber in seinem Vorwort zur ersten Auflage noch gleichsam rechtfertigte, warum den bereits vorhandenen Kommentaren ein Erläuterungsbuch hinzugefügt werden sollte, konnte im Vorwort zur zweiten Auflage konstatiert werden, dass der von ihm geschriebene Kommentar eine freundliche Aufnahme gefunden hat. Derartige Ausführungen sind zum Erscheinen der dritten Auflage nicht mehr erforderlich, hat der Kommentar doch bereits seit der ersten Auflage seinen festen Platz in Rechtsprechung und Schrifttum gefunden. Gerichtliche, insbesondere höchstrichterliche Entscheidungen zum Betäubungsmittelrecht sind ohne eine Zitierung dieses Kommentars kaum noch vorstellbar. Schwerpunkt der Neuauflage, die in bewährter übersichtlicher Weise die Rechtsprechung des BGH und vermehrt auch die oberlandesgerichtliche Rechtsprechung umfassend anführt, ist die Umsetzung europarechtlicher Regelungen, etwa des Rahmenbeschlusses zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels. Damit korrespondierend nimmt die Kommentierung zum Begriff des Handeltreibens, nicht zuletzt auch wegen der Entscheidung des Großen Senats für Strafsachen des BGH vom 26.10.2005, einen großen Umfang ein.

Für den Medizinrechtler kommt dem Betäubungsmittelrecht eine erhebliche Bedeutung zu, regelt doch § 13 BtMG die medizinische Versorgung der Bevölkerung mit Betäubungsmitteln, wobei der Widerstreit zwischen der Therapiefreiheit des Arztes und der Verhinderung des Missbrauchs ein steter Quell der Diskussion bleiben wird. Hier schlägt sich Weber von jeher auf die Seite der Gegner einer Liberalisierung oder Freigabe von sog. Drogen. Fallstricke für den Arzt gibt es auch so zu genüge, so dass die für die Praxis ausgelegte Kommentierung Rechtssicherheit schafft. Hier ist insbesondere hilfreich, dass nicht nur das einst dem Nebenstrafrecht zugerechnete, mittlerweile jedoch sicherlich dem Bereich des Hauptstrafrechts angehörende Betäubungsmittelgesetz selbst abgedruckt ist, sondern auch sämtliche Verordnungen, bis zur 21. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung vom Februar 2008 im Anhang enthalten sind. Ein Kommentar in gebundener Form kann naturgemäß mit dem Tempo des Gesetzgebers nicht mithalten, und so ist es zwingend notwendig, dass man sich bei der Befassung mit dem Betäubungsmittelrecht stets über Neuerungen informiert. Dabei muss man berücksichtigen, dass der Gesetzgeber seit Anfang 2008 wesentliche Neuregelungen, gerade auch Ärzte betreffend, beschlossen hat. So wurde unter anderem zuletzt (BT-Dr. 16/12256, S. 61) der Strafraum in § 36a BtMG für minder schwere Fälle auf zehn Jahre angehoben. Damit wird der Wertungswiderspruch in bestimmten Konstellationen der mitäterschaftlichen Begehung von Betäubungsmittelstraftaten, auf den der BGH in seinem Urt. v. 13.2.2003 – 3 StR 349/02 – hingewiesen hatte, beseitigt. Weiterhin hat der Gesetzgeber in der mittlerweile 23. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung, die am 25.3.2009 in Kraft getreten ist, Erleichterungen für Ärzte bei der Substitutionsbehandlung von Patienten geschaffen. Zum einen wird die Regelung zur Vertretung substituierender Ärzte bei Urlaub und Krankheit flexibler. Es sind in Ausnahmefällen und bis zu zwölf Wochen im Jahr Vertretungen auch durch Ärzte möglich, die keine suchtmittelmedizinische Qualifikation haben. Zum anderen können Substitutionsmittel für bis zu zwei Tage verschrieben werden. Damit können Wochenenden überbrückt werden, eine Situation, die in der Vergangenheit stets zu Schwierigkeiten und Verfahren geführt hat. Nicht gelöst sind die Probleme, die durch den Formalismus entstehen. So ist es keine Seltenheit, dass der Arzt wegen fehlerhafter Ausfüllung eines Formulars mit erheblichen Geldstrafen belangt wird. Auch hier hilft die Kommentierung von Klaus Weber dem Arzt oder Juristen mit prägnanter Darstellung der Rechtslage. Wer stets oder auch erstmals sich mit dem Betäubungsmittelrecht befasst, findet in dem Kommentar alle notwendigen Informationen und weiterführende Hinweise.